



## BERLIN

## AKTUELL

Ausgabe 162

24. November 2017

### EINWURF

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

diese Woche stand natürlich im Zeichen der von der FDP einseitig abgebrochenen Sondierungsverhandlungen. Meine Position zu diesem Vorgehen und eine Bewertung der Situation finden Sie auf den Seiten 1 und 2.

Trotz aller Unsicherheit, die hierdurch entstanden ist, kam der Bundestag in dieser Woche zu seiner ersten „richtigen“ Sitzung nach der Konstituierung zusammen. Wie üblich fanden zwei prall gefüllte Sitzungstage statt. Neben der Verlängerung von insgesamt sieben Mandaten für Auslandseinsätze der Bundeswehr, wurden auch die ersten Ausschüsse eingesetzt. Der Hauptausschuss, der Petitionsausschuss und der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sorgen dafür, dass das Parlament trotz der noch ausstehenden Regierungsbildung voll funktions- und arbeitsfähig ist.

Herzliche Grüße  
Ihr Patrick Schnieder

### ABBRUCH DER SONDIERUNGSGESPRÄCHE

#### Die Union steht auch weiterhin zu ihrer Verantwortung!

Diese Woche begann mit einem Paukenschlag. Nach über vier Wochen äußerst schwierigen Sondierungsverhandlungen hat die FDP kurz vor einer Einigung die Gespräche abgebrochen. Diese Entscheidung ist zu respektieren. Verständlich ist sie nicht. Die FDP gibt als Grund für ihren Abgang unüberbrückbare inhaltliche Differenzen an. Zudem seien ihre programmatischen Forderungen zu wenig berücksichtigt worden. Würde dies der Wahrheit entsprechen, so könnte man ihre Vorgehensweise noch nachvollziehen. Die bereits gefundenen Kompromisse und auch die widersprüchlichen Aussagen von Herrn Wising lassen jedoch anderes vermuten. Dazu später mehr.

Es ist völlig klar, dass jede Partei möglichst viele ihrer Positionen in einen Koalitionsvertrag einbringen möchte. Nach den kontrovers und teils hitzig geführten Debatten des Wahlkampfes ist dies ohnehin ein schwieriges Unterfangen. Finden die Gespräche dann noch zwischen Parteien statt, die sich in ihren Grundüberzeugungen so stark unterscheiden wie Union, FDP und Grüne, ist dies umso schwieriger. Die Suche

nach Kompromissen benötigt Zeit und ist in der Politik absolut essentiell, ohne sie könnte kein einziger Vorschlag, keine einzige Vision umgesetzt werden. Daher bin ich ebenso erstaunt darüber, dass jedes Entgegenkommen eines Verhandlungspartners diesem in der Öffentlichkeit als Niederlage ausgelegt wird oder um es mit den Worten von



**Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält.“**

Bundespräsident  
Frank-Walter Steinmeier

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble positiv auszudrücken: „Einigung durch gegenseitiges Nachgeben erfordert [...] Mut“.

Diese Denkwaise sollte sich auch in der öffentlichen Debatte durchsetzen. Möglicherweise verbirgt sich hierin auch ein Grund für den plötzlichen Abgang der FDP. Es wird immer deutlicher, dass hinter dem abrupten Abzug von Lindner & Co. schlichtweg Angst steckt, sich in einer Vierer-Koalition zu wenig profilieren zu können und zu wenig im Rampenlicht zu stehen. Diesen Minderwertigkeitskomplex hat die FDP nach der Bundestagswahl 2013 offensichtlich immer noch nicht überwinden können. Natürlich stimmt Lindners Aussage, dass die FDP für ihre Positionen gewählt wurde. Das zu Ende gedacht würde aber bedeu-

ten, dass nie eine Koalitionsregierung zu Stande kommen kann. Zum Wählerwillen gehört eben auch, dass nach einer Wahl eine stabile Regierung gebildet werden kann und nicht so oft gewählt wird, bis alle politisch Verantwortlichen mit den sich daraus ergebenden Konstellationen einverstanden sind.

Äußerst passende Worte zum Vorgehen der Liberalen und Sozialdemokraten hat diesbezüglich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gewählt: „Wer sich in Wahlen um politische Verantwortung bewirbt, der darf sich nicht drücken, wenn man sie in den Händen hält“. Wirft man einen Blick auf die bis dato erzielten Ergebnisse der Verhandlungen, so sind Lindners Aussagen, wonach die Grünen nicht kompromissbereit gewesen wären und FDP-Positionen nicht berücksichtigt worden seien, schlicht falsch (s. Info-Box). Die Grünen haben beim Thema Migration erhebliche Zugeständnisse gemacht und hätten unser vorgeschlagenes Regelwerk zur Migration mitgetragen. Wer hätte vor Beginn der Verhandlungen gedacht, dass am Verhandlungstisch mit den Grünen und der CSU eine Einigung möglich ist? Von Seiten der Union haben wir Zugeständnisse beim Abbau des Soli gemacht (komplette Abschaffung für 75% der Steuerpflichtigen anstelle eines stufenweisen Abbaus). Zudem hätten wir die Einführung eines Lobbyregisters akzeptiert und zugestimmt, anstelle der Vorratsdatenspeicherung eine anlassbezogene Datenspeicherung einzuführen. Allesamt Themen, die der FDP wichtig waren. Das alles zeigt, jede der vier Parteien war zu Zugeständnissen bereit. Umso mehr drängt sich der Verdacht auf, dass die FDP nie Regierungsverantwortung übernehmen wollte. Zu Beginn der Verhandlungen war bei den Liberalen die Hoffnung wohl groß, Grüne oder CSU würden die Verhandlungen platzen lassen. Sobald jedoch klar war, dass eine Einigung kurz bevor steht, haben Lindner & Co. die parteipolitische Reißleine gezogen. Erhärtet wird dieser Verdacht durch die widersprüchlichen Aussagen von Volker Wissing zur Verhandlungsführung von Angela Merkel. Am Tag vor dem Abbruch der Verhandlungen lobte Wissing die Kanzlerin in einem Interview mit der Rhein-Pfalz noch explizit für ihre „konstruktive und sehr sachliche“ Art.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen kritisierte er sie in einem Interview mit dem Deutschlandfunk für ihre angeblich chaotische und nicht strukturierte Verhandlungsführung. Zwar sind derartige Widersprüche bei Herrn Wissing nichts Neues, es verdeutlicht jedoch, welche Strategie die FDP verfolgt.

Viel wichtiger als die Beweggründe der FDP, die Verhandlungen abubrechen, ist nun aber die Frage, wie es weiter geht. Für mich steht außer Frage, dass es Neuwahlen, wenn auch nur irgend möglich, zu verhindern gilt. Es ist nun der Bundespräsident, der den weiteren Weg maßgeblich vorgibt. Derzeit führt er Gespräche mit allen Parteivorsitzenden und den Vertretern der übrigen Verfassungsorgane, um die Lage zu sondieren. Grundsätzlich sind drei Szenarien denkbar. Die einzige Alternative zu einer Jamaika-Koalition, die über eine stabile Mehrheit verfügen würde, wäre die Große Koalition. Es bleibt also zunächst abzuwarten, welchen Einfluss Steinmeier auf seinen ehemaligen Parteifreund Martin Schulz hat. Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, dass sich innerhalb der SPD die Stimmen mehren, die das Schulz'sche „Nein“ zu einer GroKo kritisch sehen und sich der Verantwortung der SPD durchaus bewusst sind. Nach wie vor bin ich gegenüber einer erneuten Großen Koalition skeptisch, da sie im Wesentlichen zur Stärkung der Ränder beiträgt. Dennoch halte ich sie für eine bessere Lösung als Neuwahlen. Sollte auch diese Koalition nicht zu Stande kommen, sind nur noch Neuwahlen oder eine Minderheitsregierung möglich. Bei beiden Varianten muss zunächst der Bundespräsident dem Bundestag einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin für die Kanzlerwahl vorschlagen. Erlangt diese in den ersten beiden Wahlgängen keine absolute Mehrheit, folgt ein weiterer Wahlgang bei dem auch eine einfache Mehrheit ausreicht. Aber auch in diesem Fall liegt die finale Entscheidung beim Bundespräsidenten, ob er den Gewählten zum Kanzler einer Minderheitsregierung ernennt oder Neuwahlen ausruft. Auch wenn unsere politische Kultur keinerlei Erfahrungen mit dieser Form der Regierung aufweist, sollte diese Variante nicht auf Anhieb in den Wind geschlagen werden. Ohne Frage würde eine Minderheitsregierung viel Arbeit und

ein hohes Maß an Risiko bedeuten. Auch die Frage der Stabilität und Berechenbarkeit ist natürlich von Bedeutung. Deshalb ist eine gewisse Skepsis angebracht. Sie kann aber auch Vorteile haben. Sie würde eine Aufwertung des Parlaments sowie einen Wettbewerb um die besten politischen Ideen bedeuten.

Egal welches der drei Szenarien eintritt, die Union steht zu ihrer Verantwortung und ist jederzeit gesprächsbereit.

## Info-Box

### Migration:

- Ausweitung der sicheren Herkunftsländer
- Errichtung von Transitzentren / Einreise und Rückführungszentren
- Effektive Grenzkontrollen

### Paket für Familien:

- Erhöhung des Kindergelds um 25 Euro monatlich und entsprechende Anpassung des Kinderfreibetrags
- Einführung eines Baukindergelds

### Landwirtschaft/Ländliche Räume

- Eine Milliarde Euro zum Ausbau von Ställen und sonstigen Bereichen der Landwirtschaft
- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung auf dem Land durch ein Landärzteprogramm sowie Sicherung der Krankenhausstandorte

### Pflege:

- Sofortprogramm für die Pflege, um u.a. eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege zu erreichen

### Steuerentlastung:

- Komplette Abschaffung des Solis für 75% der Steuerpflichtigen; für den Rest eine deutliche Reduktion bis zum Ende der Legislatur
- Steuerreform zur Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen

### Soziales/Rente:

- Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge bei 40%
- Möglichkeit für Frauen mit kleiner Rente bis zur Grundsicherung aufzustocken, ohne dafür zum Amt zu gehen
- Verbesserung der Erwerbsminderungsrente für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können



## WAHLKREIS I

## Deutscher Bürgerpreis für Ehrenamtler im Eifelkreis



Bei der gemeinsamen Übergabe der Bürgerpreise an die Gewinner in der Kategorie „Alltagshelden“ mit Landrat Dr. Joachim Streit und dem Vorstand der KSK Bitburg-Prüm.

In der vergangenen Woche hatte ich die Ehre, Bürgerinnen und Bürger aus dem Eifelkreis im Rahmen der Initiative „für mich. für uns. für alle“ für ihr ehrenamtliches Engagement auszuzeichnen. 2003 gründeten die Sparkassen gemeinsam mit Städten, Kreisen und Gemeinden sowie Bundestagsabgeordneten diese Initiative, um vorbildliches bürgerschaftliches Engagement auszuzeichnen und die Ehrenamtler bei ihrem Einsatz zu unterstützen. In diesem Jahr wurden Ehrenamtler in den Kategorien Alltagshelden, U21 und Lebenswerk unter dem Motto „Vorausschauend engagiert: real, digital, kommunal“ gewürdigt. Gemeinsam mit dem Landrat des Eifelkreises Dr. Joachim Streit und dem Vorstand der Kreissparkasse Bitburg-Prüm danke ich zunächst den 10 Alltagshelden, die tagtäglich dazu beitragen, unsere Region ein Stück lebenswerter zu gestalten. Auch in der Kategorie U21 wurden gleich mehrere Projekte ausgezeichnet. Beim Projekt „Jugendreisen54“ vom Verein Kinderlachen-Eifel e.V. investieren über 60 ehrenamtliche Helfer ihre Freizeit und teilweise sogar ihren Jahresurlaub, um Jugendlichen Ferienfreizeiten zu ermöglichen. Ebenfalls ausgezeichnet wurde das Jugendparlament Arzfeld. Hier setzen sich junge Menschen aktiv mit kommunalpolitischen Themen auseinander und sammeln so erste Erfahrungen in der Politik. Ein Projekt, welches mir natürlich besonders am Herzen liegt. Höhepunkt der Veranstaltung war wie in jedem Jahr die Verleihung der Bürgerpreise in der Kategorie „Lebenswerk“. Wilhelm Müller engagiert sich seit mehr als 40 Jahren in Kyllburg für die Förderung des Tourismus. Fast ebenso lange ist auch Maria Luise Schwarz in ihrem Heimatort Bitburg-Erdorf ehrenamtlich aktiv. Sie engagiert sich in vielfältiger Art und Weise in ihrem Heimatort, ob in der Kirchengemeinde oder in diversen kommunalpolitischen Gremien. Nochmals herzlichen Glückwunsch und vor allem ein großes Dankeschön an alle Preisträger für ihr herausragendes Engagement für unsere Region.



Bei der Übergabe des Bürgerpreises an Wilhelm Müller

## POSTSKRIPTUM

## P.S.: Am Rande bemerkt...

... lässt die SPD auf ihrem Selbstfindungstrip immer neue, obscurere Töne zur aktuellen politischen Lage verlautbaren. Den Auftakt machte in dieser Woche der Parlamentarische Geschäftsführer Carsten Schneider während seiner Rede am Dienstag im Bundestag. Wörtlich sagte er: „Die SPD-Minister stehen zu ihrer Verantwortung und machen sich nicht vom Acker und ergreifen die Flucht, wie die einen oder anderen Parteien es in den letzten Tagen gemacht haben.“ Wer jetzt erstaunt ist, zu wie viel Selbstkritik die Genossen in der Lage sind, sieht sich leider getäuscht. Schneider meinte nicht die eigenen Parteifreunde, sondern erhob den Zeigefinger Richtung FDP. Endgültig den Vogel abgeschossen hat dann aber nur einen Tag später - wer sollte es auch anders sein - SPD-Landesvorsitzender Roger Lewentz. Er schlägt eine SPD-geführte Minderheitsregierung mit Grünen und FDP vor. Schließlich würde dieses Modell in Rheinland-Pfalz ja prächtig funktionieren. Allein diese Aussage erfordert schon ein hohes Maß an Weltfremdheit. Noch vielmehr verwundert es aber, dass eine Partei, die vor wenigen Wochen noch angab, in die Opposition abgewählt worden zu sein, sich nun in der Lage sieht, den Kanzler zu stellen. Bleibt nur zu hoffen, dass die SPD (und vor allem der Rest von uns) von weiteren Neurosen auf ihrem Selbstfindungstrip verschont bleibt.

## WAHLKREIS II

### Mückeln Sieger im Bundeswettbewerb „Kerniges Dorf“

**MÜCKELN**

Mit dem Wettbewerb „Kerniges Dorf“ zeichnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bereits seit einigen Jahren Dörfer aus, die innovative Ideen und Projekte für eine zukunftsfähige und nachhaltige Dorfgestaltung umgesetzt haben. In diesem Jahr konnte Mückeln mit seiner intensiven Um- und Nachnutzung von Gebäuden und der damit einhergehenden



Vermeidung von Leerständen die Kategorie „Klein und Kernig“ für sich entscheiden. Mit diesem Projekt ist Mückeln nun einer von fünf Bundessiegern und wird sicherlich auch zum Vorbild für eine Vielzahl anderer ländlicher Regionen. Ein großartiger Erfolg, zu dem ich allen Beteiligten in Mückeln herzlich gratuliere.

## Vorlesetag



Im November findet traditionell der bundesweite Vorlesetag der Wochenzeitung „Die Zeit“, der Stiftung Lesen und der DB Stiftung statt. Auch für mich ist dies mittlerweile ein fester jährlicher Termin. Dieses Jahr stand „Das Sams“



von Paul Maar auf dem Programm. Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Wallersheim waren jedenfalls begeistert und auch bei mir kamen Kindheitserinnerungen auf.

## VOLKSTRAUERTAG



Am diesjährigen Volkstrauertag gedachte ich gemeinsam mit unserer CDU-Landesvorsitzenden Julia Klöckner MdL, die die Gedenkrede hielt, auf dem Ehrenfriedhof in Daleiden allen Opfern von Krieg, Terror und Verfolgung.

## IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Patrick Schnieder MdB  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 Tel.: 030/227 71883  
 Fax: 030/227 76240  
[E-Mail](#) • [Webseite](#)  
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)

Fotos: Bundesregierung/Steffen Kugler (Porträt von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier), Patrick Schnieder und ASG (Logo „Kerniges Dorf“)